

Änderung der Besonderen Anlagebedingungen zum 31. Dezember 2019

Die Deka Vermögensmanagement GmbH („Gesellschaft“) ändert mit Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit Wirkung zum 31. Dezember 2019 die Besonderen Anlagebedingungen („BAB“) für das von ihr verwaltete Gemischte Sondervermögen „**DekaSelect: Nachhaltigkeit**“ (ISIN: DE000DK1CJS9).

Das Sondervermögen wird in Deka-Nachhaltigkeit ManagerSelect umbenannt. Ferner wird der bisher als Gemischtes Sondervermögen verwaltete Fonds in ein OGAW-Sondervermögen umgewandelt und somit künftig als sog. „OGAW-Fonds“ verwaltet. Aufgrund dessen gelten für das Sondervermögen mit Wirkung zum 31. Dezember 2019 die Allgemeinen Anlagebedingungen („AAB“), die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht am 24. Juli 2018 unter dem Aktenzeichen WA 45-Wp 6100-dEU-70148164-2018/003 für die OGAW-Sondervermögen der Deka Vermögensmanagement GmbH genehmigt worden sind.

Für den Fonds wird in die BAB eine Kapitalbeteiligungsquote in Höhe von mindestens 25 % des Aktivvermögens in die BAB eingeführt. Dabei bestimmt sich die Höhe des Aktivvermögens nach dem Wert der Vermögensgegenstände des Investmentfonds ohne Berücksichtigung von Verbindlichkeiten. Hintergrund für die Einführung dieser Quote ist im Wesentlichen die Anpassung der BAB an das Investmentsteuergesetz. Hiernach wird für alle Publikumsfonds auf Fondsebene Körperschaftsteuer auf Beteiligungserträge erhoben. Sofern eine Kapitalbeteiligungsquote wie vorliegend eingeführt wird, kann auf Anlegerebene eine Teilfreistellung sämtlicher Erträge in Höhe von 15 % erfolgen. Dies ist als Ausgleich für die Besteuerung auf Fondsebene vom Gesetzgeber vorgesehen.

Ferner wird bei Deka-Nachhaltigkeit ManagerSelect eine Kostenpauschale in Höhe von bis zu 0,14 % p.a. des Sondervermögens, die aus den Tageswerten errechnet wird, eingeführt. Die Kostenpauschale beinhaltet neben der bisherigen Verwahrstellenvergütung weitere fondsrelevante Kosten (z.B. Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des Sondervermögens, Kosten für Druck und Versand von Jahres- und Halbjahresberichten, Kosten für Bekanntmachungen und die Kosten für die Erstellung und Verwendung eines dauerhaften Datenträgers). Künftig können die Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten, die Kosten für die Analyse des Anlageerfolges des Sondervermögens durch Dritte und die Kosten für die Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf den Fonds dem Sondervermögen separat belastet werden.

Darüber hinaus wird der Ausschüttungszeitraum von bislang drei auf künftig vier Monate nach Schluss des Geschäftsjahres geändert.

Hinsichtlich der AAB wird auf die Veröffentlichung im Bundesanzeiger vom 27. Juli 2018 verwiesen. Die geänderten BAB sind nachfolgend im vollständigen Wortlaut abgedruckt:

Besondere Anlagebedingungen

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen

den Anlegern und der

Deka Vermögensmanagement GmbH,

Frankfurt am Main,

(„Gesellschaft“)

für das von der Gesellschaft verwaltete

Sondervermögen gemäß der OGAW-Richtlinie

Deka-Nachhaltigkeit ManagerSelect,

die nur in Verbindung mit den für dieses Sondervermögen von

der Gesellschaft aufgestellten

„Allgemeinen Anlagebedingungen“ (AAB)

gelten.

ANLAGEGRUNDSÄTZE UND ANLAGEGRENZEN

§ 1 Vermögensgegenstände

1. Die Gesellschaft darf für das Sondervermögen folgende Vermögensgegenstände erwerben:
 1. Wertpapiere gemäß § 5 AAB,
 2. Geldmarktinstrumente gemäß § 6 AAB,
 3. Bankguthaben gemäß § 7 AAB,
 4. Investmentanteile gemäß § 8 AAB,
 5. Derivate gemäß § 9 AAB.
2. Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 10 der AAB dürfen nicht erworben werden.
3. Abweichend von § 5 Buchstabe g) AAB dürfen für das Sondervermögen keine Wertpapiere in Form von Anteilen an geschlossenen Fonds erworben werden.
4. Nachhaltige Zielfonds sind solche Fonds, die – nach dem Ausweis des jeweils aktuellen Verkaufsprospekts bzw. des letzten Jahres- und/oder Halbjahresberichts – unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bzw. ökologischen, ethischen oder sozialen Gesichtspunkten verwaltet werden. Dies können unter anderem so genannte „Ethik“-Fonds, „ethisch-ökologische“ Fonds, „Klima-/Umwelttechnologie“-Fonds, „Mikrofinanz“-Fonds, „Spenden“-Fonds und/oder „Wasser“-Fonds sein.

§ 2 Anlagegrenzen

1. Das Sondervermögen muss zu mindestens 51 % aus nachhaltigen Zielfonds gemäß § 1 Absatz 4 bestehen, wobei der Anteil an Aktienfonds, Aktien, aktienähnlichen Wertpapieren und Exposure aus Aktienderivaten 60 % des Wertes des Sondervermögens nicht überschreiten darf. „Aktienfonds“ sind solche Zielfonds, deren vertraglich festgelegte Anlagepolitik eine hauptsächliche Investition in Aktien vorsieht. Die Auswahl kann u.a. nach dem Anlagekonzept, dem Anlageschwerpunkt, den Anlagebedingungen oder den Angaben im Jahres- bzw. Halbjahresbericht erfolgen. Die in Pension genommenen Wertpapiere sind auf die Anlagegrenzen des § 206 Absatz 1 bis 3 KAGB, die in Pension genommenen Investmentanteile sind auf die Anlagegrenzen des §§ 207 und 210 Absatz 3 KAGB anzurechnen.
2. Vorbehaltlich der Anlagegrenze des Absatzes 1 darf insgesamt bis zu 49 % des Wertes des Sondervermögens in Wertpapiere im Sinne von § 5 AAB und Geldmarktinstrumente im Sinne von § 6 AAB angelegt werden. Die in Pension genommenen Wertpapiere und Geldmarktinstrumente sind auf die Anlagegrenzen des § 206 Absatz 1 bis 3 KAGB anzurechnen.
3. Bis zu 49 % des Wertes des Sondervermögens darf in Bankguthaben nach Maßgabe des § 7 Satz 1 AAB angelegt werden.
4. Vorbehaltlich der in den vorstehenden Absätzen 1 bis 4 festgelegten Anlagegrenzen gilt zudem, dass mindestens 25 % des Aktivvermögens (die Höhe des Aktivvermögens bestimmt sich nach dem Wert der Vermögensgegenstände des Investmentfonds ohne Berücksichtigung von Verbindlichkeiten) des Sondervermögens in solche Kapitalbeteiligungen i. S. d. § 2 Absatz 8 Investmentsteuergesetz (InvStG) angelegt werden, die nach diesen Anlagebedingungen für das Sondervermögen erworben werden können. Dabei können die tatsächlichen Kapitalbeteiligungsquoten von Ziel-Investmentfonds berücksichtigt werden.

ANTEILKLASSEN

§ 3 Anteilklassen

1. Für das Sondervermögen können Anteilklassen im Sinne von § 16 Absatz 2 der AAB gebildet werden, die sich hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlags, der Währung des Anteilwertes, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme oder einer Kombination dieser Merkmale unterscheiden. Die Bildung neuer Anteilklassen ist zulässig, sie liegt im Ermessen der Gesellschaft. Es ist nicht notwendig, dass Anteile einer Anteilklasse im Umlauf sind.
2. Der Abschluss von Währungskurs-Sicherungsgeschäften ausschließlich zugunsten einer einzigen Währungsanteilkasse ist zulässig. Für Währungsanteilklassen mit einer Währungsabsicherung zugunsten der Währung dieser Anteilklasse (Referenzwährung) darf die Gesellschaft auch unabhängig von § 9 der AAB Derivate im Sinne des § 197 Absatz 1 KAGB auf Wechselkurse oder Währungen mit dem Ziel einsetzen, Anteilwertverluste durch Wechselkursverluste von nicht auf die Referenzwährung der Anteilklasse lautenden Vermögensgegenständen des Sondervermögens zu vermeiden.
3. Der Anteilwert wird für jede Anteilklasse gesondert errechnet, indem die Kosten der Auflegung neuer Anteilklassen, die Ausschüttungen (einschließlich der aus dem Sondervermögen ggf. abzuführenden Steuern), die Verwaltungsvergütung und die Ergebnisse

aus Währungskurssicherungsgeschäften, die auf eine bestimmte Anteilklasse entfallen, einschließlich Ertragsausgleich, ausschließlich dieser Anteilklasse zugeordnet werden.

- Die bestehenden Anteilklassen werden sowohl im Verkaufsprospekt als auch im Jahres- und Halbjahresbericht einzeln aufgezählt. Die die Anteilklassen kennzeichnenden Ausgestaltungsmerkmale (Ertragsverwendung, Ausgabeaufschlag, Währung des Anteilwertes, Verwaltungsvergütung, Mindestanlagesumme oder eine Kombination dieser Merkmale) werden im Verkaufsprospekt und im Jahres- und Halbjahresbericht im Einzelnen beschrieben.

ANTEILE, AUSGABEPREIS, RÜCKNAHME VON ANTEILEN UND KOSTEN

§ 4 Anteile

Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt.

§ 5 Ausgabepreis

- Der Ausgabeaufschlag beträgt 3,75 % des Anteilwerts. Es steht der Gesellschaft frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen oder von der Berechnung eines Ausgabeaufschlags abzusehen.
- Abweichend von § 18 Absatz 3 der AAB ist für Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge, die bis 12.00 Uhr an einem Wertermittlungstag vorliegen, der nächste Wertermittlungstag der Abrechnungsstichtag; für später eingehende Aufträge ist der Ausgabe- bzw. Rücknahmepreis des übernächsten Wertermittlungstages maßgebend.

§ 6 Kosten

- Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Sondervermögens eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 2,20 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, der aus den Werten am Ende eines jeden Tages errechnet wird. Die Vergütung wird monatlich anteilig erhoben.
- Die Gesellschaft zahlt den Vertriebsstellen eine jährliche Vertriebsprovision in Höhe von bis zu 1,00 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, der aus den Werten am Ende eines jeden Monats errechnet wird. Die Vertriebsvergütung wird durch die Verwaltungsvergütung nach Absatz 1 abgedeckt und wird dem Sondervermögen nicht gesondert belastet.
- Die Gesellschaft kann sich für die Verwaltung von Derivate-Geschäften und bei der Verwaltung von Sicherheiten für diese Geschäfte (sog. Collateral-Management) der Dienste Dritter bedienen. Außerdem können weitere Leistungen Dritter im Rahmen der Erfüllung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (European Market Infrastructure Regulation – sog. EMIR), unter anderem für das zentrale Clearing von OTC-Derivaten und Meldungen an Transaktionsregister einschließlich Kosten für Rechtsträger-Kennungen, in Anspruch genommen werden. Die Gesellschaft kann dem Sondervermögen die von den Dritten für ihre Leistungen in Rechnung gestellten Vergütungen und Entgelte bis zur Höhe von jährlich insgesamt 0,10 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, berechnet aus den Werten am Ende eines jeden Tages, belasten. Es steht der Gesellschaft frei, nur Teilbeträge zu belasten oder von einer Belastung abzusehen. Die Vergütung wird durch die Verwaltungsvergütung gemäß Absatz 1 nicht abgedeckt und kann dem Sondervermögen zusätzlich belastet werden.
- Die Gesellschaft erhält aus dem Sondervermögen eine jährliche Kostenpauschale in Höhe von bis zu 0,14 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, der aus den Werten am Ende eines jeden Tages errechnet wird. Die Kostenpauschale deckt folgende Vergütungen und Kosten ab, die dem Sondervermögen nicht separat belastet werden:
 - Vergütung der Verwahrstelle;
 - bankübliche Depot- und Kontogebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
 - Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten gesetzlich vorgeschriebenen Verkaufsunterlagen (Jahres- und Halbjahresberichte, Verkaufsprospekt, wesentliche Anlegerinformationen);
 - Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen oder Thesaurierungen und des Auflösungsberichtes;

- Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des Sondervermögens;
- Kosten der Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
- Kosten sowie jegliche Entgelte, die mit dem Erwerb und/oder der Verwendung bzw. Nennung eines Vergleichsmaßstabes oder Finanzindizes anfallen können;
- Kosten der Erstellung und Verwendung eines dauerhaften Datenträgers, außer im Fall der Informationen über Verschmelzungen von Investmentvermögen und außer im Fall der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung;
- Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das Sondervermögen erhoben werden.

Die Kostenpauschale wird monatlich anteilig erhoben.

5. Der Betrag, der jährlich aus dem Sondervermögen nach den vorstehenden Absätzen 1, 3 und 4 als Vergütungen bzw. Kostenpauschale entnommen wird, kann insgesamt bis zu 2,44 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in der Abrechnungsperiode, der aus den Werten am Ende eines jeden Tages errechnet wird, betragen.
6. Die Verwaltungsgesellschaft erhält für die Anbahnung, Vorbereitung und Durchführung von Wertpapierdarlehensgeschäften und Wertpapierpensionsgeschäften für Rechnung des Sondervermögens eine marktübliche Vergütung in Höhe von maximal einem Drittel der Bruttoerträge aus diesen Geschäften. Die im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von solchen Geschäften entstandenen Kosten einschließlich der an Dritte zu zahlenden Vergütungen trägt die Gesellschaft.
7. Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Sondervermögens:
 - a) Kosten für die Analyse des Anlageerfolges des Sondervermögens durch Dritte;
 - b) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des Sondervermögens erhobenen Ansprüchen
 - c) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten;
 - d) Kosten für die Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das Sondervermögen;
 - e) Steuern, die anfallen im Zusammenhang mit den an die Gesellschaft, die Verwahrstelle und Dritte zu zahlenden Vergütungen, im Zusammenhang mit den vorstehend genannten Aufwendungen und im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung.
8. Neben den vorgenannten Vergütungen und Aufwendungen werden dem Sondervermögen die in Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehenden Kosten belastet.
9. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen im Sinne des § 196 KAGB berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen (Kapital-)Verwaltungsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden, als Verwaltungsvergütung für die im Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.

ERTRAGSVERWENDUNG UND GESCHÄFTSJAHR

§ 7 Ausschüttung/Thesaurierung

1. Für die ausschüttenden Anteilklassen schüttet die Gesellschaft grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten anteiligen Dividenden, Zinsen und sonstigen Erträ-

ge - unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs - aus. Realisierte Veräußerungsgewinne - unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs - können anteilig ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden.

2. Ausschüttbare anteilige Erträge gemäß Absatz 1 können zur Ausschüttung in späteren Geschäftsjahren insoweit vorgetragen werden, als die Summe der vorgetragenen Erträge 15 % des jeweiligen Wertes des Sondervermögens zum Ende des Geschäftsjahres nicht übersteigt. Erträge aus Rumpfgeschäftsjahren können vollständig vorgetragen werden.
3. Im Interesse der Substanzerhaltung können anteilige Erträge teilweise, in Sonderfällen auch vollständig zur Wiederanlage im Sondervermögen bestimmt werden.
4. Die Ausschüttung erfolgt jährlich innerhalb von vier Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres. Zwischenausschüttungen sind zulässig.
5. Für die thesaurierenden Anteilklassen legt die Gesellschaft die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Dividenden, Zinsen und sonstigen Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – sowie die realisierten Veräußerungsgewinne der thesaurierenden Anteile im Sondervermögen anteilig wieder an.

§ 8 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Sondervermögens beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines jeden Jahres.

Sollten Sie mit den vorgesehenen Anpassungen nicht einverstanden sein, können Sie Ihre Anteile grundsätzlich jederzeit kostenfrei zurückgeben.

Zum 31. Dezember 2019 erscheint eine aktualisierte Ausgabe der Verkaufsunterlagen des Sondervermögens, die bei der Deka Vermögensmanagement GmbH, Mainzer Landstraße 16, 60325 Frankfurt am Main auf Anforderung kostenfrei erhältlich ist oder unter www.deka.de kostenfrei zur Verfügung stehen.

Frankfurt, im September 2019

Deka Vermögensmanagement GmbH
Die Geschäftsführung